

Hier scheitert Europa

Fünf Meter überragt das Tor die Zelte und Container des Flüchtlingslagers Moria. Stacheldraht windet sich an seiner Oberkante. Zäune, Betonwände, Stahlgitter schließen rechts und links an. Durch eine schmale Tür laufen Menschen rein und raus. Sie gehen ohne Eile, Zeit hat hier jeder im Überfluss. Das Lager können sie tagsüber verlassen, auf der Insel Lesbos aber sind sie gefangen.

In den Augen der Europäischen Union ist Lesbos ein Brennpunkt der Flüchtlingskrise, weil hier seit 2015 besonders viele Menschen auf der Suche nach Schutz in Europa ankamen. Zwei Beschlüsse sollten die Lage entschärfen. Die EU unterschrieb einen Deal mit der Türkei, um weitere Flüchtlinge davon abzuhalten, europäischen Boden zu erreichen. Aber noch immer kommen zwischen 2000 und 5000 pro Monat in Griechenland an, die Bearbeitung der Anträge dauert oft Monate. Tausende sitzen fest.

Deshalb schickt die EU außerdem Geld, damit die Asylsuchenden menschenwürdig untergebracht werden können, bis über ihre Anträge entschieden ist. 200 Millionen Euro flossen allein 2017 in entsprechende Programme in Moria und anderswo.

Aber kommt das Geld bei den Menschen in Moria auch an? Journalisten erhalten keinen Zutritt zu dem Lager. Doch wer den richtigen Moment abpasst, gelangt hinein. Und was auf der anderen Seite passiert, kontrollieren die Polizisten nicht.

Das Gedränge hinter dem Tor überfordert die Wahrnehmung. 5200 Menschen leben in dem Lager, das für nur 2000 gebaut wurde. Als Erstes sieht man die Kinder, weil sie sich am schnellsten bewegen und am lautesten schreien. Kinder, die in dem Rinnsal prügeln, das aus den Toilettencontainern tropft. Kinder, die husten, an Hautausschlägen kratzen, sich die Augen reiben. Kinder, die sich mit Zeltstangen prügeln. Kinder, die aus Zelten lugen, gebaut aus Stöcken, Seilen und Planen von ihren Eltern, die sonst ratenlos in der Gegend herumstehen oder -hocken oder -gehen. Und von denen vor allem die Augen in Erinnerung bleiben: manche ungläubig, manche aggressiv, manche apathisch.

Ursprünglich diente Moria der griechischen Armee als Kaserne. Hinter dem Tor verläuft eine Straße aus unebenem Beton. Links und rechts drängen sich Zelte und Wohncontainer, aus denen der saure Geruch ungewaschener Körper quillt. Männer mit zerknickten Dokumenten drängen sich gegen einen Zaun, dahinter hetzen griechische Beamte umher, schreien gegen den Lärm an. Ein Teil im hinteren Bereich des Camps ist scharf bewacht und mit mehreren Rollen Stacheldraht bewehrt. Darin werden jene eingesperrt, deren Asylantrag abgelehnt wurde.

Weil es an Übersetzern mangelt, bekommen die Menschen falsche Medikamente

Die Europäische Union deklarierte Moria 2015 zum Hotspot, in dem Migranten Asyl beantragen können und dann abgeschoben oder in ein anderes Land weitergeschickt werden. Nur Monate später, im Herbst 2015, brach das System zusammen: Tausende, an Spitzentagen über zehntausend, Flüchtlinge legten täglich von der Türkei ab. Die Vereinten Nationen riefen einen sogenannten Level-3-Notfall für Griechenland aus. Das gleiche Level galt zu der Zeit für den Irak, Südsudan und Jemen. Die Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der EU (ECHO) finanzierte erstmals in ihrer 25-jährigen Geschichte Projekte innerhalb Europas.

Das Internationale Rote Kreuz, das Norwegian Refugee Council, das International Rescue Committee und andere Organisationen schifften Büro-, Wohn- und Sanitärcontainer in die Ägäis, schickten Sozialarbeiter für die Kinder, Psychologen für die Traumatisierten und Ärzte für die Kranken.

Im März 2016 trat der EU-Türkei-Deal in Kraft. Ankara versprach, »alle erforderlichen Maßnahmen« zu ergreifen, um die Route übers Meer zu schließen. Die EU zahlte dafür drei Milliarden Euro.

Bald rasten türkische Polizisten über die Küstenstraßen, fingen Minibusse voller Flüchtlinge ab, errichteten Straßensperren, patrouillierten an den Stränden. Human Rights Watch berichtete, wie die griechische Küstenwache ankommende Flüchtlingsboote abdrängte. Die türkische Küstenwache schleppte sie zurück.

Im März 2017 gab ECHO bekannt, die Übergangslösung zu beenden und künftig nicht mehr die Arbeit internationaler Organisationen zu finanzieren. Stattdessen sollte ab dem 31. Juli die griechische Regierung übernehmen. Hilfsorganisationen forderten die Regierung auf, einen Plan zu entwickeln. Sie schrieben offene Briefe, warnten vor einem Chaos. Sie fragten, wie die Übergabe von Wohncontainern, medizinischem Equipment, Schulmaterialien laufen soll, wer die ärztliche und psychosoziale Betreuung übernehmen wird. »Obwohl wir mehrfach um ein Treffen gebeten haben, um sie zu warnen: »Kommt nicht her, die Zustände sind unmenschlich!« Die griechische Regierung jedenfalls war nicht vorbereitet. Die Organisationen zogen ab. Zurück blieben Menschen wie Fatima Ahmadi.

Manch einer vermutet: Die Menschen sollen gar nicht gut versorgt werden. Die EU wolle vielmehr, dass die, die es nach Europa schaffen, ihren Freunden und Verwandten in Syrien, dem Irak und Afghanistan WhatsApp-Nachrichten schicken, um sie zu warnen: »Kommt nicht her, die Zustände sind unmenschlich!« Die griechische Regierung jedenfalls war nicht vorbereitet. Die Organisationen zogen ab. Zurück blieben Menschen wie Fatima Ahmadi.

Das orangefarbene Campingzelt der 31-Jährigen steht am Stahlzaun an der Hauptstraße des Camps. An keinem anderen Ort laufen Tag und Nacht so

viele Menschen entlang, nirgends ist es lauter, hektischer, staubiger. Trotzdem trägt Ahmadi Make-up, Wimperntusche und Lippenstift – ein Stück Normalität, die sie sich zu erhalten versucht.

Schon am Morgen ist sie mit ihren beiden Söhnen Zijad und Soheil in einen Speisesaal geflohen, der in der Nähe des Lagers mit privaten Spendengeldern betrieben wird. Ein Bau, hoch und weit wie eine Turnhalle, vollgestellt mit langen Tischen, an denen die drei sitzen, eingekellt zwischen anderen Flüchtlingen. Auch hier ist es laut. Über den Lärm hinweg sagt Ahmadi: »Alles, was ich wollte, war, dass meine Kinder auf eine richtige Schule gehen.« Zijad, die Gesichtszüge zu hart für einen Zehnjährigen, hat ihr den Rücken zugekehrt und klopft mit den Handflächen einen hektischen Rhythmus auf den Nachbartisch. Soheil ist sieben. Husten schüttelt ihn. Getrockneter Rotz klebt unter seiner Nase.

Mehr als 5000 Menschen harren aus im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos. Einige von ihnen glauben, die schlimmen Zustände seien politisch gewollt. Das nehmen sie nicht länger hin

VON RAPHAEL THELEN



Flüchtlinge und Migranten demonstrieren im November 2017. Sie wollen endlich fort von Lesbos



HINTER DER GESCHICHTE

Die Ausgangsfrage: Warum ist die Versorgung der Menschen im Flüchtlingslager Moria so schlecht, obwohl die EU viel Geld dort hinschickt?

Die Recherche: Journalisten erhalten in Moria keinen Zutritt. Unser Autor versuchte es trotzdem. Er ließ sich einen Bart stehen, zog sich eine abgewetzte Jacke an – und passte den richtigen Moment ab, um unbemerkt das Gelände zu betreten.

Bruder nicht. »Die Sachbearbeiter sind schlecht ausgebildet, ihre Entscheidungen willkürlich«, sagt er.

Die kleine Familie von Fatima Ahmadi hat Angst vor den kommenden Wochen, wenn es friert und wenn Stürme über die Insel peitschen. Sie fürchten die Kälte, die Grippe, Lungenentzündungen.

Zeitungen berichteten im vergangenen Winter von den Folgen dieser Angst: Die Menschen heizten ihre Zelte mit selbst gebauten Öfen. Ein Ägypter, ein Pakistaner und ein Syrer starben, wohl an einer Kohlenmonoxidvergiftung. Ein anderes Mal explodierte eine Gaskartusche. Das Feuer vernichtete zwei Container und 130 Zelte. 400 Menschen verloren ihre Bleibe. Eine 66-jährige Frau und ihr sechsjähriges Enkelkind verbrannten bei lebendigem Leib.

Nachts fürchtet Ahmadi nicht die Naturgewalten, sondern den Menschen. Wenn die Dunkelheit in die Ecken zwischen den Containern und Planen kriecht, zieht sich die Familie in ihr Zelt zurück, die griechi-

laufenden Sondierungsgesprächen streiten SPD und CDU darüber, wie es danach weitergehen soll. Bleibt der Familiennachzug weiter ausgesetzt, werden die Angehörigen dieser Flüchtlinge auch künftig so behandelt wie die meisten anderen: Wenn sie es bis in die Ägäis schaffen, werden sie nicht aufs Festland gebracht, sondern stellen in Moria ihre Asylanträge. Und warten. Falls sie irgendwann abgelehnt werden, können sie Berufung einlegen. Scheitern sie, werden sie abgeschoben.

Doch Moria hat eigentlich keinen Platz für all die Wartenden. Das Camp war schon Anfang Juli 2017 voll belegt, zu jener Zeit, in der sich wie jedes Jahr das Wetter besserte und die ersten Flüchtlingsboote aus der Türkei ablegten. Mehr Menschen als im Sommer des Vorjahres wagten die Überfahrt, und manchen gelang es, der türkischen Küstenwache auszuweichen, so berichtet es das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. An Bord waren vor allem mehr Kinder, Kranke und Folteropfer aus Syrien. Jene, die bislang nicht stark genug waren, vor dem »Islamischen Staat« zu fliehen, und erst rauskamen, als der sich kürzlich zurückziehen musste. Doch es fehlen Ärzte, die die Hilfsbedürftigkeit feststellen könnten. Wohl auch deshalb, weil der griechische Staat zu spät begann, welche einzustellen, und weil er geringere Gehälter zahlte, als es die Hilfsorganisationen tun.

»Wir wollen keine Gefängnisinsel sein«, sagt der Bürgermeister von Lesbos

Scheitert Moria also am Geld? Die 200 Millionen Euro aus Brüssel gehen zunächst an die griechische Regierung. Dort klagt man nicht über fehlende Mittel. »Wir glauben nicht, dass es eine Geldfrage ist. Aber wir brauchen eine faire Lastenverteilung, bei der jedes EU-Land einen Teil der Migranten übernimmt«, sagt Ilias-Miltiadis Klapas, der Generaldirektor des Ministeriums für Migration. Aus Athen fließt Geld an die Regionalverwaltungen, schließlich landet es in den Gemeinden, die für die Aufnahmelager verantwortlich sind. Warum werden die Menschen dort nicht besser versorgt?

Ein Treffen mit Mario Andriotis, Berater des Bürgermeisters von Lesbos in internationalen Angelegenheiten. An einem Samstagnachmittag stürmt er aus dem Saal des städtischen Theaters in Mytilini und setzt sich an einen der Bistrotische im Forum. Durch die verglasten Eingangstüren sieht man das Hafenbecken. Seine Jacke lässt Andriotis an, er hat nicht viel Zeit. Drinnen diskutieren Wissenschaftler einer norwegischen Universität, wie Kommunikationstechnologien Flüchtlinge und ihre Gastgebergemeinden unterstützen können. Alles, was hilft, ist Andriotis recht, aber er weiß, dass es vor allem Druck auf die EU brauchen würde, damit sie ihre Politik ändert. »Eine solche Krise lässt sich nicht einfach mit einer Shoppingtour bewältigen«, sagt Andriotis. »Alles Geld dieser Welt hilft nicht viel, wenn man ein schlechtes Management und keine Strategie hat.«

Die EU will, dass die Flüchtlinge in Moria bleiben, bis ihr Status entschieden ist. Der Bürgermeister der Insel aber sagt: »Wir wollen keine Gefängnisinsel sein.« Er verbietet, das Camp zu vergrößern oder ein neues zu eröffnen. Deshalb ist Moria überbelegt.

Schrecken die Zustände neue Flüchtlinge ab? »Falls die EU die Menschen davon abhalten will zu kommen, indem sie Lesbos in eine Gefängnisinsel verwandelt, dann ist das absurd«, sagt Andriotis. »Die Situation hier wird immer besser sein als in Syrien, da müssten wir die Menschen schon kopfüber an der Küste aufknüpfen, damit die Abschreckung funktioniert.« Andriotis droht Athen und Brüssel: Wenn nichts passiere, rufe man die Bevölkerung zum Generalstreik auf. Die Bewohner von Lesbos machten nicht mehr mit. Unbeabsichtigt befindet Andriotis sich damit in einer Allianz mit jenen, die er loswerden will, den Flüchtlingen. Blickt man durch die Glasüren des Theaters quer über das Hafenbecken, sieht man ihr Protestcamp.

Shafika Qias hätte am wenigsten von allen erwartet, dass sie mal einen Protest anführen würde, erzählt die 21-Jährige. Sie leide unter Panikattacken, seit ihrem neunten Lebensjahr. Damals habe sie im Haus ihrer Eltern im südafghanischen Helmand gespielt, als in ihrer Straße eine Bombe explodierte. Sie sei vor Schock erstarrt, ein Onkel habe sie in den Arm genommen und weggetragen.

Nur Tage nachdem sie in Moria ankam, sei sie wieder erstarrt, erzählt Qias: Ein afghanisches Mädchen spülte an der Wasserstelle Geschirr, eine Syrerin wollte Klamotten waschen. Streit brach aus. Bald schlugen Afghanen und Syrer mit Holzlatten und Eisenstangen aufeinander ein. Wieder einmal entlud sich der aufgestaute Frust im Lager. Steine hagelten auf das Zelt, in dem Qias kauerte. Als es aufhörte, floh sie, ihre Familie und Hunderte andere aus dem Lager schliefen in jener Nacht auf der Straße. Am nächsten Morgen liefen sie zum Hafen von Mytilini.

Genau wie Andriotis glaubt Qias nicht daran, dass die Zustände in Moria ein Versehen sind. Anders als Ahmadi, die Mutter, die mit ihren beiden Söhnen im Lager lebt, will sie nicht warten. Sie ist überzeugt, dass die Zustände politisch gewollt sind, und greift deshalb zu einem politischen Mittel: Protest. Im Hafen bauten sie und 34 andere ein paar Igluzelte auf und entrollten Banner mit ihren Forderungen: »#OpenTheIslands«, steht da. Griechische Kommunisten und Anarchisten unterstützen sie mit Spenden, treffen sich abends auf dem Platz, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Shafika Qias fordert, dass die Menschen aus Moria aufs Festland gebracht werden und in Wohnungen und winterfesten Lagern einquartiert werden.

In das Lager werde sie jedenfalls nicht zurückkehren.

Foto: Causacomb, Aris Messing/AF/Getty Images